

Anfragen zum Plenum

in der 16. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass trotz der bisherigen Bemühungen, neue Unterkünfte für die Studierenden der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern in Hof zu schaffen, diese mit Blick auf das Wintersemester 2018/2019 nach wie vor nicht ausreichend sind, ist der Bau weiterer Unterkünfte in der Stadt oder auf dem Campus in Planung, wieso wird ausgerechnet den angehenden Verwaltungsinformatikern der Zugang zu den Unterkünften der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern wie auch zu den Unterkünften der Hochschule für angewandte Wissenschaften respektive des Studentenwerkes Oberfranken verwehrt, wenn es Willen der Staatsregierung im Rahmen des Masterplans Bayern Digital II ist, den Studiengang auszubauen und attraktiver zu gestalten?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Da die Sanierung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den nächsten Jahren große Belastungen für Bürger und Kommunen bringen wird und sich das derzeitige Fördersystem des Freistaates Bayern nur auf Härtefälle beschränkt, frage ich die Staatsregierung, mit wie viel kommunalen Investitionen sie in dem Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den nächsten drei Jahren rechnet, wann die für Anfang 2018 angekündigte Evaluierung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) 2016 veröffentlicht wird und ob die Staatsregierung nicht auch die Notwendigkeit sieht, die Sanierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bayernweit flächendeckend (und nicht nur in Härtefällen) zu fördern, um Kommunen und Bürgerinnen bzw. Bürger vor tickenden finanziellen Zeitbomben zu schützen?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es aktuelle Entwicklungen bezüglich einer dauerhaften Beleuchtung des Parkplatzes bei Seußen an der B 303 zwischen der Autobahnanschlussstelle Marktredwitz und der Landesgrenze bei Schirnding, auch mit Blick auf die Installation einer digitalen Beschilderung, nachdem Anfang März 2018 ein Abstimmungstermin zwischen dem Staatlichen Bauamt Bayreuth und dem Polizeipräsidium Oberfranken stattfinden sollte?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie die Meinung der AOK Bayern (Bericht in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 15.02.2018 – Zitat des ehemaligen Chefs der AOK-Bayern Dr. Helmut Platzer), dass es eine „massive Überversorgung im stationären Bereich“ der klinischen Krankenversorgung in Bayern gibt, wie hoch ist die Zahl der „überversorgten Klinikbetten“ in Bayern und was plant die Staatsregierung, um diese Überversorgung abzubauen?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Notärzte gibt es in Oberfranken (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen bzw. Rettungszweckverbänden), wie viele Notärzte müssten tatsächlich „vorgehalten“ werden, um Oberfranken in Notfällen ausreichend rund um die Uhr (inkl. aller Rettungswachen) abzudecken und die Notfallrettung sicherzustellen und wie will die Staatsregierung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen (z. B. Kassenärztliche Vereinigung) konkret dafür sorgen, das Problem im Notarztwesen zu beheben und ausreichend Notärzte zu haben, um die gesetzliche Hilfsfrist einzuhalten?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem Anfragen zum Plenum der SPD-Fraktion (Drs.17/20695) ergeben haben, dass es an zahlreichen Orten in Bayern Belastungen mit per- oder polyfluorierten Chemikalien (PFC) gibt, die teilweise erheblich die Leit- oder Grenzwerte übersteigen, frage ich die Staatsregierung, in welchen Gebieten mit PFC-Belastung, vor allem auch in solchen mit Leit- oder Grenzüberschreitungen, Untersuchungen von Trinkwasser, Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten durchgeführt wurden (unter Angabe des Datums), welche Nahrungsmittel und landwirtschaftlichen Produkte dabei genau untersucht wurden (unter Angabe von Art der Untersuchung sowie Datum) und wie untersucht wurde, ob PFC in Grundwasser und Boden auch in Fließgewässer und Oberflächengewässer gelangen können (unter Angabe von Ort, Art der Untersuchung sowie Datum)?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem im Rahmen der Heimatstrategie, durch das Kabinett am 04.03.2015 beschlossen, die Entscheidung für die Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen getroffen und nach einer erfolglosen Prüfung mehrerer Standorte mit Gebäudebestand durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) auf die erforderliche Beschaffenheit für die komplexen Anforderungen für ein Archivgebäude letztendlich ein Neubau in Kitzingen beschlossen wurde, frage ich die Staatsregierung nach dem aktuellen Stand der Planung für den Archivneubau (Zeitplan, Fachgutachten etc.), mit welchen Kosten die Staatsregierung aktuell bei der Umsetzung der Maßnahmen für den Archivneubau in Kitzingen rechnet (bitte die geplante Finanzierung sowie die einzelnen Maßnahmen auflisten) und welche Maßnahmen oder sonstigen Gründe die Abweichung der aktuell veranschlagten Kosten von der ursprünglichen Kostenplanung rechtfertigen?

Ilona Deckwerth
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell der Anteil der Arbeitslosen mit (Schwer-)Behinderung an allen (schwer-)behinderten Menschen im erwerbsfähigen Alter in Bayern und –

falls bekannt – Deutschland (bitte nach Geschlecht ausdifferenzieren), wie hoch ist der Anteil der Arbeitslosen mit (Schwer-)Behinderung an allen Arbeitslosen in Bayern und – falls bekannt – Deutschland (bitte nach Geschlecht ausdifferenzieren) und wie viel Prozent aller Arbeitsplätze in Bayern und – falls bekannt – Deutschland sind (ausdifferenziert nach öffentlichen und privaten Arbeitgebern) im Rahmen der Beschäftigungspflicht mit (schwer-)behinderten Beschäftigten besetzt (in sämtlichen Fällen bitte Entwicklung der vergangenen fünf Jahre angeben)?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bildungscampus bzw. -zentren (bzw. Bildungs- und Generationenzentren), beispielsweise in der Art wie der Bildungscampus Westpark in München, der von dem früheren Staatssekretär für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und jetzigen Staatsminister für Digitales, Medien und Europa in der Staatskanzlei, Georg Eisenreich, in der Vergangenheit als Zukunftsprojekt mit Vorbildcharakter bezeichnet wurde, gibt es in Bayern, welche spezifischen staatlichen Förderungen gibt es zur Entwicklung und zum Aufbau von Bildungscampus (bzw. Bildungs- und Generationenzentren), auch für solche, die nicht ausschließlich über Bildungseinrichtungen verfügen sollen, deren Finanzierung über das Schulfinanzierungsgesetz abgedeckt werden kann – beispielsweise Bibliotheken, Sportanlagen und öffentliche Begegnungsräume – und plant die Staatsregierung, den Ausbau von Bildungscampus bzw. -zentren (bzw. Bildungs- und Generationenzentren) in Bayern, die formale, non-formale und informelle Bildungsangebote über die ganzen Lebensweg von der Kinderkrippe über Kindergärten und Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung an einem Ort vereinen könnten und aus denen sich Synergieeffekte, beispielsweise durch die Vernetzung von Bildungsangeboten oder aber auch Betreuungsmöglichkeiten, künftig durch staatliche Mittel und Maßnahmen zu forcieren?

Günther Felbinger
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann wird die Entscheidung für oder gegen einen dritten Nationalpark in Bayern fallen, welche Alternativen für eine Stärkung der Belange des Naturschutzes in Bayern sieht die Staatsregierung bei einer negativen Entscheidung und welche Regionen würden dafür in Betracht kommen?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann sollen die Kaufverhandlungen mit der Aurelis Real Estate zum Kauf der Grundstücke an der Brunecker Straße (mit den Umladehallen am ehemaligen Nürnberger Südbahnhof) abgeschlossen sein, welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, diese Hallen durch die Einbeziehung in die weiteren Planungen zur Errichtung der neuen Universität zum Beispiel durch auszuschreibende planerische Wettbewerbe als gestalterisches Element zu integrieren und somit zu erhalten, und wenn nein, warum nicht?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es aus ihrer Sicht zutreffend, dass bei der Geltendmachung von Schmerzensgeld (durch die Gewerkschaft) wegen einfacher Beleidigungen eine Dienstpflichtverletzung des Geschädigten vorliegt, wie wurde bisher mit

dieser Form der „Dienstpflichtverletzung“ disziplinarrechtlich umgegangen und wie wird sich die Staatsregierung in Zukunft in diesen Fällen verhalten?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Räumlichkeiten (Art und Mindestgröße) sind an einer Grundschule mindestens und zwingend vorzuhalten, um den – laut Gesetz (Art. 4 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG und §§ 2, 3, 4 der Schulbauverordnung in Verbindung mit Anlage 1) sogenannten – einwandfreien Schulbetrieb zu gewährleisten, auf welcher rechtlichen Grundlage fußen solche zwingenden Mindestzahlen und gibt es diesbezüglich ab 2018 neue Vorgaben, bzw. wird es diese geben?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage die zuständige Kreisgeschäftsführerin der AWO dem damaligen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gegenüber eine Stellungnahme über ihre Arbeit und Projekte zu Ostern und dem St.-Patricks-Day in einer Kindertageseinrichtung in Markt Schwaben (siehe „Süddeutsche Zeitung“ Online-Artikel vom 11.04.2018) abgeben musste, ob es für Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft Vorgaben oder Richtlinien bezüglich der zu behandelnden Feiertage und/oder deren Ausgestaltung gibt, die über den Inhalt des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) und des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans hinausgehen und ob Feiertage anderer Länder und Kulturen in bayerischen Kitas aus Sicht der Staatsregierung grundsätzlich nicht thematisiert werden sollen oder dürfen?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele sogenannte Dokumenten-Multiplikatoren gibt es in Bayern, wie viele Schulungen haben sie in den Jahren 2015 bis 2017 für bayerische Behörden durchgeführt und welche bayerischen Behörden (insbesondere Melde- und Ausländerbehörden, Führerscheinstellen, Zulassungsstellen, Standesämter) und bayerischen Gerichte (bitte einzeln auflisten) haben bisher Zugriff auf das Dokumenten-Informationen-System der Bayerischen Polizei (DOKIS) (bitte auch Anzahl nennen)?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Betrag die Staatsministerien 2016 und 2017 direkt und indirekt für Onlinewerbung bei Facebook ausgegeben haben, wie sich dieser Betrag auf die jeweiligen Staatsministerien verteilt und welche konkreten Projekte damit beworben wurden?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche rechtliche Grundlage stützt sich die Ankündigung der ehemaligen Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, dass zukünftig bei Nebenerwerbslandwirten Kontrollen 24 Stunden vorher angemeldet werden, welche rechtliche Grundlage begründet, dass diese Regelung bei Vollerwerbsbetrieben nicht angewendet werden kann und ist die Staatsregierung nicht der Ansicht, dass dies eine Diskriminierung von Haupteinwerbsbetrieben darstellt?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau werden Kinder und Jugendliche in den bayerischen Transitzentren und der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) beschult (bitte nach Lehrpläne und Stundenpläne, Zahl der pädagogische und nichtpädagogische Personals in den einzelnen Einrichtungen auflgliedern), hat die Staatsregierung nach der stattgegebenen Klage des Verwaltungsgerichts München vom 08.01.2018 ein Konzept entworfen und an die zuständigen Behörden herausgegeben, demnach die Beschulung von Kindern und Jugendlichen, die in den Transitzentren und in der AEO leben, auch außerhalb der Transitzentren und der AEO stattfinden kann und wie viele Kinder und Jugendliche (begleitet und unbegleitet) leben in den Transitzentren und der AEO (bitte folgende Staffelung vornehmen: bis 3 Jahre, 3 bis 6 Jahre, 6 bis 10 Jahre, 10 bis 16 Jahre und 16 bis 21 Jahre)?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Grundschulen in der Oberpfalz ist jetzt schon bekannt, dass die amtierende Schulleiterin bzw. der amtierende Schulleiter die Schule wegen Ruhestand oder Versetzung zum Schuljahresende verlässt und die Stelle nicht wieder besetzt wird und aus welchen Gründen erfolgt dann eine solche Nichtwiederbesetzung?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie wenige abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber konnten im Jahr 2017 in das Erstaufnahmeland Italien zurückgeführt werden, ist es zutreffend, dass die Rückführung nach Italien dadurch maßgeblich erschwert wird, dass Italien sich weigert, die Rückführung dieses Personenkreises auf dem Landweg zu akzeptieren und was wurde bisher unternommen, um die Rückführung nicht nur auf dem aufwändigen Luft-, sondern auch auf dem Landweg vollziehen zu können?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, dass aufgrund weiterer Neuerlasse von Wasserschutzgebietsverordnungen und dem damit einhergehendem Verbot der Beweidung in der engeren Schutzzone (Zone II) diese Neuregelung für (Bio-)Landwirte ein massives Problem darstellt, da ihnen Weideflächen fehlen und neue Pachtflächen aufgrund der angespannten Pachtsituation nur schwer bzw. teuer zu pachten sind, gedenkt die Staatsregierung die betroffenen (Bio-)Landwirten zu unterstützen und wenn ja, in welcher Form?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Stand haben die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der Stadt Weiden in der Oberpfalz mit dem Ziel, den Betrieb des Internationalen Keramik-Museums - ein Zweigmuseum der Neuen Sammlung München - fortzuführen?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr geplantes Gutachten, in dem die Optionen für einen landesweiten ÖPNV-Tarif unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Erkenntnisse aus den Untersuchungen für einen Dachtarif in der Europäischen Metropolregion München (EMM-Dachtarif) geprüft werden sollen, bereits in Auftrag gegeben und falls ja, bis wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?

Alexander Muthmann
(fraktionslos)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft seit 01.08.2017 Maßnahmen der Bayerischen Polizei mit einer drohenden Gefahr gem. Art. 11 Abs. 3 Satz 1 Polizeiaufgabengesetz (PAG) begründet wurden, welche jeweiligen bedeutenden Rechtsgüter gem. Art. 11 Abs. 3 Satz 2 PAG betroffen waren und welche konkreten Maßnahmen (bitte unter Angabe der Dauer) jeweils ergriffen wurden?

Thomas Mütze
(GRU)

Nachdem der Vorstandsvorsitzende der BayernLB während der Pressekonferenz zur Bilanz des Jahres 2017 angekündigt hatte, weitere 5 Mrd. Euro aus den Hilfen des Freistaates Bayern für die BayernLB an Staat zu erstatten, frage ich die Staatsregierung, ob es einen Rückzahlungsplan über diese 5 Mrd. Euro gibt, wenn ja, wie dieser im Einzelnen aussieht und wenn nein, in welchem Zeitraum die Staatsregierung weitere Rückzahlungen erwartet?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Schwimmbad-Sterbens im Regierungsbezirk Unterfranken frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie ergreift, damit finanzschwache Kommunen ihre aktuell von Schließung bedrohten Schwimmbäder offen halten können, wann konkrete Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten staatlicher Förderung für betroffene Kommunen eruieren soll, vorliegen werden und in welchen unterfränkischen Kommunen derzeit nicht die erforderliche Mindestanzahl an Schulklassen das Schwimmbad benutzt, um die staatliche Förderung von 90 Prozent zu erhalten?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der tschechischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Bayern beschäftigt sind, seit 2011 (Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit) entwickelt, wie hat sich umgekehrt die Zahl der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Tschechien beschäftigt sind, in diesem Zeitraum entwickelt (bitte in beiden Fällen nach Branchen ausdifferenzieren), und welche Programme, Projekte und Konzepte zur Etablierung und Weiterentwicklung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts zwischen Bayern und Tschechien (auch bezogen auf die Sicherstellung von Arbeitnehmerrechten) sind seitdem entstanden?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rechtsbehelfe (Hauptsache- und Eilverfahren) gegen ablehnende Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Zuerkennung von Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiären Schutz und Abschiebungsverbote waren zum 31.03.2018 an den sechs bayerischen Verwaltungsgerichten anhängig, wie lange war im Jahr 2017 und im 1. Quartal 2018 die Verfahrensdauer für Asylsachen (Hauptsacheverfahren und Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes) gegen ablehnende Entscheidungen des BAMF an den sechs bayerischen Verwaltungsgerichten, wie hoch waren im Jahr 2017 und im 1. Quartal 2018 die Anzahl der Berufungsverfahren in Asylsachen beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof?

Bernhard Roos
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungsstand für den Ausbau der B 20 zwischen Haunersdorf und dem Markt

Simbach, wann ist mit der Fertigstellung des Ausbaus der Teilstrecke zu rechnen und welche konkreten Gründe haben dazu geführt, dass sich die Planungen für den Ausbau dieser Teilstrecke schon über mehrere Jahre hinziehen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gegen wie viele Personen wurde bis zum heutigen Tag eine Maßnahme nach Art. 32a Abs. 1 Satz 1 Polizeiaufgabengesetz (PAG) i. d. F. des Gesetzes vom 24. Juli 2017 und wie lange angeordnet und gegen wie viele Personen wurden bis zum heutigen Tag Maßnahmen nach Art. 16 Abs. 2 PAG i. d. F. des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (bitte Aufschlüsselung nach Maßnahme nach Art. 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Maßnahmen nach Art. 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a und b und Dauer der Anordnung)?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bausanierungen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sind für die nächsten zehn Jahre notwendig, wie sind jeweils die Kosten und wann werden die Sanierungen jeweils durchgeführt?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen in Bayern derzeit unter den Anwendungsbereich des § 58a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fallen (sog. Gefährderabschiebung), weshalb in Bayern seit dem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) im Frühjahr 2017 zu § 58a AufenthG von dieser Regelung kein Gebrauch gemacht wurde und wie viele Gefährder in Bayern derzeit eine elektronische Fußfessel auf Grundlage des 2017 eingeführten Art. 32a Polizeiaufgabengesetz (PAG) tragen?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit das geplante Inkrafttreten der Änderungen über die sog. Omnibus-Verordnung/Vereinfachungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zum 1. Januar 2018 auch in Bayern die Sicherung des Ackerstatus auch nach fünf Jahren Grünlandnutzung gewährleisten, welche Handlungsempfehlungen an Landwirtinnen und Landwirte, die vor der Entscheidung stehen, ihr Grünland zum Erhalt des Ackerstatus umzubereiten, von der Staatsregierung gegeben wird und welche Informationen an die bayerischen Wasserversorger bezüglich des Problems des Umbrechens solcher Grünlandflächen, damit sie nicht als Dauergrünland gelten und des daraus resultierenden messbaren Nitratanstiegs, aktuell gegeben werden?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Weil Ärztinnen, die während ihrer Facharztweiterbildung schwanger werden, sehr häufig durch ihren Arbeitgeber ein betriebliches Beschäftigungsverbot auferlegt wird, obwohl eine Gefährdung von Mutter und Kind nicht gegeben ist – wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben – frage ich die Staatsregierung, ob ihr der beschriebene Sachverhalt bekannt ist und wie sie die Problematik einschätzt, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Zeit des Beschäftigungsverbots von der Weiterbildungszeit abgezogen wird?

Claudia Stamm
(fraktionlos)

Ich frage die Staatsregierung an welchen Schultypen das 10-Finger-System im Rahmen des Unterrichts gelehrt wird, an welchen Schulen es derzeit möglich ist, es zu erlernen (bitte auf-

	listen, ob kostenfrei oder gegen Gebühr) und wie die Staatsregierung zur Forderung nach Aufnahme des 10-Finger-Systems in den Lehrplan steht?
Rosi Steinberger (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten entstehen durch den Bau der provisorischen Anschlussstelle der B 15neu an die A 92 bei Essenbach, wie lange soll das Provisorium genutzt werden, wie hoch ist der dafür benötigte Flächenverbrauch?
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)	Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kamen die seit Anfang 2016 bis jetzt geführten Verhandlungen (bitte Zeitpunkt der entsprechenden Verhandlungen sowie alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nennen) der Staatsregierung mit den Verantwortlichen des Richard-Strauss-Festivals in Garmisch-Partenkirchen hinsichtlich der künftigen Förderung des bislang vom Freistaat Bayern unterfinanzierten Festivals (bitte die zu erwartende Höhe sowie die inhaltlichen Ziele der künftigen Förderung angeben)?
Dr. Simone Strohmayr (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz an den Schulen im Regierungsbezirk Schwaben von 2011 bis 2016 entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach den dort ansässigen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie nach Schularten und Jahren)?
Martin Stümpfig (GRU)	Vor dem Hintergrund, dass die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates öffentliche Dienstleistungsaufträge für Personenverkehrsdienste mit der Eisenbahn bis 15 Jahre zulässt und Laufzeitverlängerungen erlaubt, frage ich die Staatsregierung, inwieweit Laufzeitverlängerungen über 15 bzw. 22,5 Jahre hinaus wegen der Abschreibung von Kapital in Verbindung mit außergewöhnlichen Investitionen in die Infrastruktur zulässig sind, wenn der Dienstleistungsauftrag an ein Unternehmen vergeben wird, das Eisenbahninfrastruktur nur nutzt und nicht selbst betreibt, welche Laufzeit des Verkehrsvertrags die Staatsregierung für die zu reaktivierende Strecke Dombühl – Dinkelsbühl anstrebt und ob diese Laufzeit ausreicht, um die notwendigen Streckenerneuerungsinvestitionen innerhalb der Laufzeit zu refinanzieren?
Angelika Weikert (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen in den Staatsministerien (bitte nach Sachgrund ausdifferenzieren), wie viele davon sind sachgrundlos befristet und wie haben sich diese Zahlen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie bekommen Unternehmen die Auszeichnung „Bayern barrierefrei“, wie wird das Einhalten der Kriterien überprüft und wie lange darf die Bezeichnung geführt werden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche jährlichen Mehrausgaben der vom neuen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder angestoßene Personalumbau innerhalb der Staatsregierung verursachen wird (bitte nach Versetzungen, Beförderungen, neu geschaffenen Stellen sowie Ressorts aufschlüsseln) und wie hoch der jährliche Finanzbedarf für die Realisierung der vom neuen Ministerpräsidenten in seinen Verlautbarungen (Zehn-Punkte-Plan usw.) angekündigten Maßnahmen ausfallen wird (bitte nach Ressort und Maßnahme aufschlüsseln)?

Isabell Zacharias
(SPD)

Da aufgrund des Klinikneubaus Anfang der 2020er Jahre die Pachtverträge der Hochschule Rosenheim für die Physiotherapieräume in Wasserburg auslaufen, frage ich die Staatsregierung, ob bereits eine Lösung für den Standort Wasserburg und den Bedarf an Physiotherapieräumen gefunden wurde, und wenn ja, wie diese aussieht?